



**CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Mülheim an der Ruhr**

Postfach 10 03 39 • 45403 Mülheim an der Ruhr
Bahnstraße 31 • 45468 Mülheim an der Ruhr
Tel. (0208) 45 95 4-0 • Fax (0208) 45 95 4-19
Email: cdu-fraktion-muelheim@t-online.de
<http://www.cdu-fraktion-muelheim.de>

**An die
Mülheimer Medien**

13.11.2015

Gesundheitskarte für Flüchtlinge: „NRW-Lösung auf Kosten Mülheims und des Steuerzahlers“

„Die mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte 2016 unbestrittenen Mehrkosten auch für Mülheim an der Ruhr stehen in keinem Verhältnis zu dem nicht belegten Abbau der Bürokratie bei den Abrechnungen der Arzt-Behandlungen für Flüchtlinge. Die von der rot-grünen NRW-Landesregierung mit den Krankenkassen schlecht verhandelte Rahmenvereinbarung hilft in Wirklichkeit den Flüchtlingen nicht weiter, belastet aber unnötig die beteiligten NRW-Kommunen und letztlich den Steuerzahler. Das sehen sogar fast alle NRW-Kommunen so, sogar SPD-regierte Nachbarstädte im Ruhrgebiet lehnen eine Beteiligung ihrer Stadt an dieser Rahmenvereinbarung für diese Gesundheitskarte ab.“, stellt die stellv. Fraktionsvorsitzende und integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ramona Baßfeld, klar.

Es sei „höchst unredlich“, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Wiechering zur Verteidigung des rot-rot-grünen Ratsbeschlusses für eine Beteiligung Mülheims an der Rahmenvereinbarung „Gesundheitskarte“ die zusätzlichen hohen Verwaltungskostenbeiträge der beteiligten Kommunen (8%) an die Krankenkassen weiterhin „schön redet“. Die Faktenlage sei deutlich eine andere. Rot-Rot-Grün hat „ohne sorgfältige Prüfung der Folgekosten für Mülheim an der Ruhr“ im Vorgriff auf den städtischen Etat 2016 den für Mülheim nachteiligen Beitritt zur Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen und die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung jährlich bis zu 100.000 € beschlossen, ohne den ansonsten immer wieder geforderten Deckungsvorschlag zu machen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass gerade der Stadtkämmerer Uwe Bonan (SPD) diesen Schnellschuss schweigend zuließen.

Ramona Baßfeld: „Es täte der Überzeugungsarbeit des Stadtkämmerers für einen genehmigungsfähigen Haushalt besser, nicht nur mit Inbrunst die erneute Erhöhung der Gewerbesteuer von der Ratsmehrheit zu propagieren, sondern auch seine Genossen bei solchen unnötigen finanziellen Mehrforderungen zu stoppen. Herr Bonan hat in diesem Fall leider noch nicht einmal die vom Hauptausschuss geforderte und von der Verwaltung zugesagte Beratungs- und Beschlussvorlage zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge erarbeitet und präsentiert.“

F.d.R.

Hansgeorg Schiemer

- Fraktionsgeschäftsführer -